

# Vor dem Treffen der Kanzlerin mit den Länderchefs: DAW-Vorstandssprecher warnt vor den Folgen einer Verlängerung der Spielhallen-Schließungen



DAW-Vorstandssprecher Georg Stecker (Foto: DAW/AWI/Urban)

Vor dem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zeichnet sich ab, dass der Teil-Lockdown weiter bestehen bleiben könnte. Vor diesem Hintergrund appelliert Georg Stecker, Vorstandssprecher Dachverband Die Deutsche Automatenwirtschaft e.V. (DAW): „Bei der Diskussion um die Lockdown-Verlängerung ist Augenmaß und Differenzierung gefragt! Das Schließen von staatlich konzessionierten Spielhallen, gastronomischen Betrieben mit Automatenaufstellung und staatlichen Spielbanken ist nicht ungefährlich und bleibt nicht ohne Folgen. Bereits die Schließungen im Frühjahr haben gezeigt, dass die Menschen in illegale Angebote ohne Jugend- und Spielerschutz ausweichen. Das wiederholt sich nun. Der wichtige staatliche Kanalisierungsauftrag, den die legalen Anbieter erfüllen, ist massiv gefährdet. Das kann niemand wollen.“

Stecker erinnert an den Offenen Brief, den er der

Bundeskanzlerin, den Länderchefs sowie den Chefs der Senats- und Staatskanzleien Ende Oktober sendete. Darin wies der DAW-Vorstandssprecher auf die optimalen Hygienestandards in Spielhallen einerseits und die Gefahr des Erstarkens illegaler Angebote andererseits hin. Dem Brief verleiht er nun Nachdruck. „Staatlich konzessionierte Spielhallen haben den unvergleichlichen Vorteil, dass bereits die gesetzlichen Bestimmungen für ihren Betrieb dem Prinzip des Social Distancing mehr als entsprechen“, so Stecker. „Auf einer durchschnittlichen Fläche von ca. 150 m<sup>2</sup> dürfen nur bis zu maximal zwölf Geldspielgeräte aufgestellt werden, die Zahl der Gäste ist dadurch stark begrenzt, Menschenansammlungen ausgeschlossen“, erläutert der DAW-Vorstandssprecher. Zudem gelte bundesweit ein striktes Alkoholverbot in Spielhallen, was sich als wirksames Mittel in der Pandemie-Situation erwiesen habe. „Das alles gilt es zu berücksichtigen, wenn morgen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten über Maßnahmen beraten“, fordert Stecker.

**Download: Offener Brief an die Bundeskanzlerin**